



### Werksschließungen und Arbeitsplatzabbau:

## **Bochum braucht eine Perspektive**

So ernst war die Lage der Stadt in den letzten 50 Jahren nicht. Die Firmen machen große Gewinne und bauen trotzdem Arbeitsplätze ab:

- Unsicher ist nach wie vor die Entwicklung bei Opel und es besteht die große Gefahr, dass das Bochumer Werk des GM-Profits wegen geschlossen wird.
- Ähnlich sieht es bei ThyssenKrupp in Bochum aus. Die Flüssigphase ist keineswegs gesichert. Auch hier drohen Werksschließungen.
- Auch bei Betrieben wie Jahnel/Kestermann, Zimbo und Zuliefererbetrieben der Automobilindustrie sieht es schlecht aus, werden Arbeitsplätze vernichtet.
- Hinzu kommen die Pläne, 1.200 Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung abzubauen, wie es im Kürzungspaket (HSK I. und II.) vorgesehen ist.

Bochum steht am Scheideweg. Die Forderung nach Arbeit und Arbeitsplätzen wird zur zentralen Frage der Politik. Wenn Bochum eine Zukunft haben soll muss eine andere Politik gemacht werden. (Siehe Rückseite).

## **GM will OPEL-Werk II vermarkten**

Der OPEL-Konzern (GM) will den Produktionsstandort Werk II über den international tätigen Immobilienkonzern „Jones Lang LaSalle“ vermarkten. Im Werk II in Lagendreer befinden sich derzeit nur noch die Getriebefertigung (300 Beschäftigte). Die Werkzeugfertigung von TCM hat einen neuen Standort und die Logistik/Transport von Carterpillar geht ins Werk I nach Laer. Bisher hat OPEL Gesprächsangebote der Stadt Bochum bezüglich des Werkes II abgelehnt und stattdessen den international tätigen Immobilien-Konzern mit der Vermarktung beauftragt.

# Bochum braucht eine Perspektive

Auszüge aus der Haushaltsrede von Günter Gleising Ratssprecher der Sozialen Liste, Ratssitzung am 26. April 2012

Aufschwung nachhaltig und robust“, das hören wir allenthalben. Das Geld fließt reichhaltig. Die Konzerne machen große Gewinne. Der Bund und auch die Länder verzeichnen Rekordeinnahmen, vor allem durch sprudelnde Steuereinnahmen. Gute Zeiten also auch für die Städte und Gemeinden, könnte man meinen, denn wenn die Konjunktur blüht, nimmt auch die öffentliche Hand mehr Geld ein. Auch könnte man vermuten, eine schwierige Zeit sei überstanden, jetzt ginge es mit der Stadt aufwärts. Doch das Gegenteil ist der Fall, in unserer Stadt und in den meisten NRWs. Das Geld geht woanders hin, in die „Rettung“ und Stärkung der Banken, in die Hände der Unternehmen und Konzerne, in Prestigeobjekte, die Rüstung und Kriege.

Doch werden all die Milliarden-Rettungspakete für die Banken und Unternehmen den Kommunen helfen? Im Gegenteil: Sie sollen sie teilweise sogar mitbezahlen und weiter bluten. Deshalb heißt es auch: Weiter sparen, nicht für die da oben, sondern bei uns hier unten.

Mit der sogenannten Beratungskoooperation wird der Eindruck vermittelt, wenn sich die Stadt diesem Diktat unterwirft, dann hätten sie nach den radikalen Sparvorgaben wieder einen ausgeglichen Haushalt und, nach spätestens zehn Jahren, ihre kommunale Handlungsfähigkeit zurück erhalten. Danach könnten dann die Schulden bei den Banken abgetragen werden. Aber - dies ist ein Märchen. Ein Märchen ohne Wahrheitsgehalt und ohne Happy End. Das weniger Märchenhafte ist nämlich, dass die hohe kommunale Verschuldung politisch vom Bund gewollt ist. Kommunen als untergeordnete Einheit und Bittsteller sind offenbar für die Regierungen besser handhabbar.

Mit einem „Weiter so“ können wir den Problemen und Herausforderungen nicht begegnen. Das Geld muss da eingesetzt werden wo es gebraucht wird, bei den Menschen und nicht bei den Banken oder Prestigeprojekten.

## Weitere 60 Millionen Euro:

## **Rat beschließt mit Mehrheit Kürzungspaket**

Eine Mehrheit aus SPD, Grünen und UWG hat in der Ratssitzung am 26. April das Haushaltssicherungskonzept II mit einem Kürzungs- und Einsparvolumen von fast 60 Mio. Euro beschlossen. Auch in den weiteren Beschlüssen zum Haushalt und der Personalplanung wurden die Zeichen auf Rotstift gesetzt. Insbesondere wegen der sozialen Schieflage und wegen der Unterwerfung unter die Sparideologie und das Spardiktat lehnte die Soziale Liste die Beschlussvorlagen ab. Sie wandte sich erneut auch gegen das „in großen Teilen unsinnige Sponsoring der Städtischen Töchter (Stadtwerke, Sparkasse, USB u. a.)“ und forderte stattdessen ein Sozialticket sowie für arme Menschen ein gebührenfreies Konto und verbilligte Energiepreise.